

Protokoll:

Herr Beigeordneter Flöck informiert, dass im Zuge der weiteren Planungen ca. 50 Stellplätze entfallen werden und über die Gründe hierfür.

Aufträge zum Ausbau der Straße sollen noch im laufenden Jahr vergeben werden. Sollte eine Auftragsvergabe im laufenden Jahr nicht erfolgen bestehe die Gefahr, dass die Förderfähigkeit der Maßnahme entfallende und die Erhebung von einmaligen Ausbaubeiträgen nicht mehr möglich sei.

Ratsmitglied Kahlenbrg hält die Anzahl der wegfallenden Pkw Stellplätze für zu hoch. Er verweist auf den erheblichen Parkdruck im Bereich der südlichen Vorstadt.

Im Bereich des Klinikums Stift würden auch Stellplätze für Mobilitätseingeschränkte entfallen.

Der Standort für die vorgesehenen CarSharing Stellplätze müsse ebenfalls noch einmal überdacht werden, da in diesem Bereich die Kirmes für die südliche Vorstadt ausgerichtet werde.

Er hält es für wichtig, die Planungen im Detail noch einmal zu überarbeiten.

EB 67 Frau Quadflieg erläutert, dass die Bundespolizei sich im Zuge des Planverfahrens gegen die Ausweisung von öffentlichen Stellplätzen im Bereich ihrer Liegenschaft ausgesprochen habe.

Die Feuerwehr habe im Zuge des Beteiligungsverfahrens ebenfalls die Streichung von Stellplätzen gefordert, um in einem Zug wenden zu können.

Der Standort für den Kirmesbaum im Bereich der Kirche soll erhalten bleiben. EB 67 befinde sich derzeit in entsprechenden Abstimmungsgesprächen mit Vertretern der Kirchengemeinde.

Ratsmitglied Kahlenberg bittet im Zuge der weiteren Planungen, auf die Ausweisung von gut nutzbaren ausreichend breiten „Behindertenparkplätzen“ achten.

Ratsmitglied Kühnlenthal bittet in den Planungen, auch die Errichtung von seniorenrechten Sitzmöbeln (Ausstattung der Sitzmöbel mit Arm- Rückenlehnen) vorzusehen.

Er befürchtet durch die Erhebung von einmaligen Ausbaubeiträgen eine unverhältnismäßige finanzielle Belastung der betroffenen Anwohnerschaft.

Auf Nachfrage von Ratsmitglied Kühnlenthal erklärt EB 67 Herr Stracke, dass zwischenzeitlich der förderfähige städtische Anteil angepasst worden sei. Die Anregungen aus der Bürgerschaft sollen in die weiteren Planungen möglichst weitgehend übernommen werden.

Ratsmitglied Schupp bittet die Verwaltung sicherzustellen, dass durch die Erhebung einmaliger Ausbaubeiträge die betroffenen Anlieger nicht finanziell übermäßig belastet werden. Herr Beigeordneter Flöck erklärt, dass die Frage nach der Höhe der anfallenden Ausbaubeiträge erst beantwortet werden kann, wenn die Grundlagenermittlung durchgeführt worden ist.

Ratsmitglied Kühnlenthal bittet, die Vorlage aufgrund von Beratungsbedarf zu vertagen.

Der Antrag zur Vertagung der Vorlage wird mehrheitlich mit zehn Gegenstimmen und sieben Ja-Stimmen abgelehnt.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität stimmte Vorlage mehrheitlich mit elf Ja-Stimmen einer Gegenstimme und sechs Stimmenthaltungen zu.